

WIENER RATHHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 17. Dezember 1921.

Fett- und Mehlausgabe. Vom 18. bis 24. Dezember werden bei den städt. Fettabgabestellen 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 111.- gegen Abtrennung des Abschnittes 275 der Mehl- und Fettbezugs-karte abgegeben. - Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 103.-. - Vom 18. bis 24. ds. wird 1/4 kg Verschleißmehl als normale Wochenration zum Kleinverkaufspreis von K 42.- per kg ausgegeben. Ferner wird per Kopf an jeden Bezugsberechtigten nach Wahl 1/2 kg oder 1/4 kg Plasmehl gegen Abtrennung des Buchstabens „J“ an unteren Hand der Mehlbezugs-karte zum Preise von K 500.- per kg abge-gaben.

Grillparzer Gedächtnisfeier.

Am 21. Jänner 1922 werden 50 Jahre ver-flossen sein, seit Max Oesterreichs größter Dramatiker tot ist. Aus diesem Anlaß hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Ange-legenheiten nach einem Berichte des GR. Beisser beschlossen, eine Ge-dächtnisausstellung im Rathaus zu veranstalten. Die Ausstellung wird am 21. Jänner eröffnet und soll durch 14 Tage geöffnet bleiben. Auser-dem wird die Gemeinde Wien eine Gedächtnisfeier im Burgtheater veran-stalten. - Aus den Nachlass Grillparzers befindet sich noch ein Paket Schriften im Besitz der städtischen Sammlungen, von dem der große Dichter verfügte, dass es erst 50 Jahre nach seinem Tode geöffnet wer-den darf. Dieser Wunsch wird erfüllt und der letzte Nachlass geichtet werden.

Burgschauspieler Devrient - Bürger von Wien. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung den Burgschauspieler Max Devrient aus Anlaß seines 40. jährigen Schauspielersjubiläums zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Auszeichnung des Koschat-Quintettes. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung dem Koschat-Quintett aus Anlaß seines 25. jährigen Be-standes für sein erfolgreiches Wirken in der Erhaltung und Belebung des Volksliedes und für seine vielfachen Verdienste auf humanitären Gebiet den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Brennholzabgabe für Mindestbemittelte. Für Holzbezugscheine für Min-destbemittelte sind in dieser Woche abgelaufen. Die Holzabgabe von 19. bis 24. Dezember geschieht gegen Abtrennung der Bezeichnung „Wien“ vom 27. bis 31. Dezember gegen Abtrennung der Bezeichnung „Holzabgabe“ des Holzbezugscheines.

Lebenschluss in der Woche vor Weihnachten. Der Magistrat als Gewerbe-behörde hat für die Zeit von Montag den 19. bis einschliesslich Sam-stag, den 24. Dezember und für Samstag, den 31. Dezember den Laden-schluss im Lebensmittelkleinhandel mit 9 Uhr abends, im sonstigen Kleinwarenvertriebs mit 7 Uhr abends festgesetzt.

Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre. Am 1. Jän-ner treten neue Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebens-jahre in Kraft. Diese Karten können von den bezugsberechtigten Haus-halten vom 19. Dezember an während der Dienststunden bei den zustän-digen Brotkommission gegen Vorweisung der bisherigen Kindermilchkarte und eines Ausweisdokumentes des Haushaltungsvorstandes (Taufsch ein, Geburtschein, Trauungschein, Heimatschein, Gewerbeschein, amtliche Legitimati on etc.) behoben werden. Die Bezugsberechtigten werden im eigenen Interesse aufgefordert, die Karten noch Beginn ihrer Gültig-keit zu beheben, da sonst eine Verzögerung in der Milchzuweisung ein-treten könnte.

Das Wohlfahrtsbudget der Stadt Wien.

Der Voranschlag für das Jahr 1922 enthält an Ausgaben für Wohlfahrtsanrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen mehr als 5600 Millionen Kronen. Das Gruppenbudget allein mit seinen 3700 Millio-nen Kronen bietet kein vollständiges Bild. Es kommen dazu noch der Personalaufwand für den gesamten ärztlichen Dienst und das Jugendamt, die im Sinne der für diese reine aufwandwirtschaft allein noch gelten den krassesten Buchführung beim Personaletat verrechnet sind und über 500 Millionen Kronen ausmachen. Vor allem anderen aber sind die vorläufig noch aus verfassungsmässigen Gründen an anderer Stelle des Voranschlags in einer Sammelpost enthaltenen Aufwendungen für jene Anstalten hinzuzuzählen, die das Land Wien am 1. Jänner 1922 aus der bisherigen Gemeinsamkeit von Niederösterreich in seine allein-ige Führung und Verantwortung übernehmen wird. Es sind dies der Seinhof mit dem Sanatorium „Baumgartner-Höhe“ und die Irrenanstalt Ybbs, das Zentralkinderheim mit dem Zweighaus in Schwadorf, die Er-ziehungsanstalt in Eggenburg, die Taubstummenanstalt in Döbling und zwei Tageserholungsstätten. Nach den Löhnen und Preisen des Monats November ergibt sich hiefür ein Gelderfordernis von 1435 Millionen Kronen.

Die öffentliche Armenpflege, zu der die Gemeinde Wien auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet ist, gliedert sich in die sogenannte offene Armenpflege, das ist die Unterstützung mehr oder minder selbständig gewordener Menschen, die noch im Fami-lienleben, durch Geld und Naturalbeihilfen, die Unterbringung von Kin-derarbeit Pflegeeltern und in die sogenannte geschlossene Armenpflege, die in Anstalten aller Art vom Stuglingsheim angefangen, bis zum Ver-sorgungshaus für Greise sich vollzieht. Die laufenden Unterstützungen

nat der Gemeinderat erst kürzlich geregelt und die Möglichkeit geboten durch Teuerungszulagen, die ein vielfaches/Erhaltungsbeiträge ausma-chen, den geänderten Verhältnissen halbwegs Rechnung zu tragen. Im Voranschlag kommt dies sinnfällig dadurch zum Ausdruck, daß an Stelle der 650.000 Kronen, für das laufende Halbjahr vorgesehen, nun 36 Mil-lionen Kronen eingesetzt sind. Noch gewaltiger ist der Sprung, den die Ausgabenpost der Pflegegelder für Stuglinge gemacht hat, deren Unterbringung sich immer schwieriger gestaltet. Die ländliche Bevöl-kerung, die früher einmal sehr gerne diese „magistratischen Kostkinder“ bei sich aufgenommen hat, zeigt hiezu immer weniger Neigung und in der Großstadt stößt die Beschaffung der Nahrungsmittel, insbesondere der Milch, auf so gewaltige Erschwerungen, daß begreiflicherweise auch kinderliebende Ehepaare davor zurückscheuen, eine solche Verantwortung zu tragen. Durch starke Erhöhung der Pflegegelder soll ein materieller Anreiz geschaffen werden, da ja bei der großen Zahl solcher Pflege-kinder, die zumeist unehelichen Ursprunges sind, eine Unterbringung in Anstalten gar nicht in Frage kommen kann. Während in den vergangenen sechs Monaten noch mit 5 Millionen Kronen das Auslangen gefunden wer-den konnte, werden im kommenden Verwaltungsjahr 120 Millionen veraus-gabt werden.

Die Pflegeanstalten der Gemeinde für erwachsene Personen na-ben einen Belegraum für 11.546 Menschen. Es sind dies die große Anlage in Lainz, das Bürgerversorgungshaus in der Währingerstrasse, die Versorgungshäuser in Baumgar, und in der Galileigasse, eine Anzahl der sogenannten Grundspitälern und Armenhäuser in den einzelnen Bezirken, das Asyl- und Werkhaus und schliesslich außerhalb Wiens Anlagen in Liesing, Mauerbach und Ybbs. Im nächsten Jahre wird ein weiteres Objekt hinzukommen; das Pflegehaus im 20. Bezirk, Meldemann-strasse, das von der Gemeinde gekauft erworben wurde, für dessen Re-novierung und Einrichtung 20 Millionen Kronen veranschlagt sind und das eine neue Type unter den Versorgungshäusern darstellen wird. Von seiner früheren Zweckbestimmung her ist dieses Haus mit etwa 500 kleinen Schlagkabinen ausgestattet. Gegenüber dem sonstigen Sozialsystem wird die vor manchen alten Leuten doch oft erwünschte Absonderungsmöglich-keit geboten werden können. Hauptsächlich soll aber durch dieses neue Versorgungshaus, das übrigens auch eine eigene Gartenanlage erhalten wird, die Evakuierung von Mauerbach erfolgen, das künftighin nur mehr als Reserve geführt werden wird. Die alten Leute verlassen überhaupt ungern Wien, was ja durchaus selbstverständlich ist. Seit Jahren war eine Versetzung nach Mauerbach geradezu etwas Schreckenerregendes. Das Haus als solches, ein ehemaliges Karmeliterkloster, ist an sich wenig lockend, entbehrt aber vor allem anderen der Bahnverbindung mit Wien, so dass der Aufenthalt dort förmlich einer Verbannung gleich-gachtet wurde. Das wird nun aufhören und sicherlich bei den Insas-sen dieses und aller anderen Versorgungshäuser lebhafteste Befriedi-gung hervorrufen. 1094 Millionen erscheinen für die Pflegeanstal-ten im Budget. Die Beheizung allein macht 222 Millionen Kronen aus.

mit rund 135000 Kronen pro Kopf und Jahr sind die Kosten in Lainz auf Grund der Novemberpreise errechnet. Allerdings bedingt Gerade Lainz als eine riesige Stachensanct mit mehr als 2000 bettlägeri-gen Menschen eruchten Aufwand. Neulich sind alle diese 217000 Kronen wieder überholt. Neben schon erwähnten die für 760 Kinder Haus bieten, wird noch das Mittelstandskinderheim 19. Herdergasse für 56 Kinder betrieben, von noch drei Kinderpflegeanstalten für 990 Insassen kommen. Hiefür sind 212 Millionen Kronen erforderlich. Weder mit den Versorgungshäusern noch mit den übrigen Anstalten findet die Ge-meinde das Auslangen. Für eine grosse Anzahl nach Wien heimatsberoch-tigter Personen, die in fremden Betrieben untergebracht sind, zahlt die Gemeinde mit 160 Millionen Kronen veranschlagten Verpflegungs-kosten.

Bei Bekämpfung der Tuberkulose wird eine in kleinem Massstabe mit sehr gutem Erfolg erprobte Methode gegen den Keim der Ge-sunde Wien plant drei Tages- und Wochenerholungsstätten in Betrieb zu setzen. Die Widmung des kaiserlichen Stenographen bringt eine Erweite-rung dieses Programmes auf vier Objekte. In einer Liegenschaft ausser-ordentlich vorteilhaft erwiesen. Die neuen Hallen werden weit besser ausgestattet sein. Mit all der gebotenen Vorrichtung und natürlich un-ter strengster ärztlicher Überwachung soll Tuberkulosekern die Mög-lichkeit geboten werden auch die Keim im Freien zu verdrängen, wo-bei selbstredend Vorbehalte getroffen werden wird, in jedem Augenblicke dem Insassen entsprechende Schutz gegen Mitternachtskälte zu sichern. Damit werden Menschen, die sich von ihrem Beruf und ihrer Familie nicht loslösen können, denn doch Gelegenheit erhalten, ein paar Wo-chen der Rekonvaleszenz oder des Urlaubes, schliesslich auch nur die Rechte in frischer, freier Luft zu verbringen. Sie werden damit der Sündflut der schlechten Wohnung entzogen sein, was nicht nur ihnen zugute kommt, sondern auch die Anstrengungsfahr für ihre Angehörigen

Kronen. Bei Bekämpfung der Tuberkulose wird eine in kleinem Massstabe mit sehr gutem Erfolg erprobte Methode gegen den Keim der Ge-sunde Wien plant drei Tages- und Wochenerholungsstätten in Betrieb zu setzen. Die Widmung des kaiserlichen Stenographen bringt eine Erweite-rung dieses Programmes auf vier Objekte. In einer Liegenschaft ausser-ordentlich vorteilhaft erwiesen. Die neuen Hallen werden weit besser ausgestattet sein. Mit all der gebotenen Vorrichtung und natürlich un-ter strengster ärztlicher Überwachung soll Tuberkulosekern die Mög-lichkeit geboten werden auch die Keim im Freien zu verdrängen, wo-bei selbstredend Vorbehalte getroffen werden wird, in jedem Augenblicke dem Insassen entsprechende Schutz gegen Mitternachtskälte zu sichern. Damit werden Menschen, die sich von ihrem Beruf und ihrer Familie nicht loslösen können, denn doch Gelegenheit erhalten, ein paar Wo-chen der Rekonvaleszenz oder des Urlaubes, schliesslich auch nur die Rechte in frischer, freier Luft zu verbringen. Sie werden damit der Sündflut der schlechten Wohnung entzogen sein, was nicht nur ihnen zugute kommt, sondern auch die Anstrengungsfahr für ihre Angehörigen

vermindert. Diese Erholungsstätten werden sich an den Abhängen des Wienerwaldes erheben und von der Strassenbahnstationen in ganz kurzer Zeit erreichbar sein.

Eine durch ihre Höhe ungewöhnliche Post gab bereits im Stadtsenat Anlaß zu einer eingehenden Erörterung. Als Kosten der Lebensmittelverfuhrung für die amerikanische Kinderhilfsaktion ergeben sich nach den derzeitigen Preisen der Lastenautomobile, bezw. Pferdefuhrwerke nicht weniger als 276 Millionen Kronen. Diese Leistungen der Gemeinde kommen in der Öffentlichkeit nie zum Ausdruck. Es wäre dies schon dem Auslande gegenüber notwendig, das weder von dem ungeheuren Umfange der kommunalen Wohlfahrtspflege unterrichtet ist, noch etwas davon erfährt, dass die Stadt auch die fremdländischen Hilfswerke in der ausgiebigsten Weise unterstützt. Es würde dies sicherlich dazu beitragen, den durchaus falschen Eindruck zu zerstören, als ob sich lediglich auf die Hilfe von auswärts verlässt, sich darauf beschränkt, untätig Almosen zu empfangen. In der Debatte des Stadtsenates wurde aber auch festgestellt, dass die Verwendung von Steuergeldern in diesem Ausmasse auf die Dauer nicht gut geheissen werden könne. Es ist überhaupt notwendig, den doch zweifellos in absehbarer Zeit zu gewärtigenden Abbau der ausländischen Hilfsaktionen schon jetzt dadurch vorzubereiten, daß entsprechende Elternbeiträge eingehoben werden. Die Gefahr liegt nahe, dass durch die systematische gänzliche oder nahezu unentgeltliche Abgabe von Speisen oder Kleidungsstücken eine Art Bettlersinn in der Bevölkerung großgezogen wird. Bedauerlicherweise ist es bisher nicht gelungen, die „Amerikanische Kinderhilfsaktion“ trotz eindringlichster Vorstellungen davon zu überzeugen, dass die in dieser Beziehung übereinstimmenden Anschauungen der grossen Mehrheit der Gemeindevertretung richtunggebend sein sollten für das Vorgehen dieses Hilfswerkes.

Ganz besonderes Interesse verdient eine Zusammenstellung, die sich auf den Personalstand in den städtischen Humanitätsanstalten bezieht. Wir leben in einer Zeit, in der sehr viel vom Abbau überflüssiger Arbeitskräfte und von der Intensivierung der Arbeit überhaupt als einziges Rettungsmittel gesprochen wird. Die Gemeinde kann für sich in Anspruch nehmen, dass in aller Stille und in schonungsvollster Art in den städtischen Humanitätsanstalten ein weitgehender Abbau vollzogen wurde. Die offiziell mitgeteilten Daten liefern ein ausserordentlich anschauliches Bild. Am 1. Juli 1920 waren in den damals bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen 2712 Angestellte beschäftigt. Der Stand am 1. November 1921 ist 2140, wobei noch das Versorgungshaus Baumgarten als neue Schöpfung mit einem Belagraum von 1060 Betten und 76 Angestellten zwischenzeitlich hinzugekommen ist. Zieht man dies in Betracht, so ergibt sich, daß im Verlauf von 16 Monaten eine Verminderung um nahezu ein volles Viertel eingetreten ist, selbstverständlich ohne geringste Schädigung des Dienstes. Dem Personalvertretungen gebührt für ihre verständnisvolle Mitwirkung bei dieser Maßnahme, die

angesichts der heutigen Finanzlage der Gemeinde im ureigensten Interesse der Angestellten gelegen ist, die vollste Anerkennung. Damit ist jedenfalls der Beweis erbracht, dass es wirklich möglich ist, einen Abbau ohne Vernichtung von Existenzen vorzunehmen, überflüssige Arbeitskräfte für eine wirtschaftlichere Verwendung freizumachen und Ersparnisse zu erzielen.

Mit Jahresbeginn wird Wien aus der bisherigen gemeinsamen Verwaltung von Niederösterreich, wie bereits hervorgehoben, eine Anzahl Anstalten der Irrenpflege, der Kinder- und Jugendfürsorge übernehmen. An der Spitze steht der Steinhof mit dem Sanatorium Baumgartenhöhe. Der Belag beider Anstalten, die mit ihren 57 Pavillons zu den grössten des Kontingentes gehören, umfasst 3056 Betten, der Stand der Angestellten ist 1006. Das Sanatorium, dessen Pflöglinge vielfach Ausländer sind, erhält sich selbst, während für den Steinhof ein Abgang von 1009 Millionen in Aussicht steht. Die Irrenanstalt in Ybbs ermöglicht die Unterbringung von 1000 Kranken, hat 157 Angestellte, leidet nur eine ganz kleine Oekonomie und präliminiert einen Abgang von 155 Millionen. Die Erziehungsanstalt Eggenburg, die 1886 eröffnet wurde, ist eine moderne Anlage für 1200 Zöglinge, die dort sowohl in einer Reihe von Werkstätten als Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Korbflechter, Buchbinder oder Tischler Ausbildung erhalten oder auch in dem zu Eggenburg gehörigen schönen landwirtschaftlichen Besitz geschult werden. Die Anstalt dient der Unterbringung und Erziehung verwahrloster Kinder und Jugendlicher beiderlei Geschlechts im Alter von 6 bis 18 Jahren. Der Unterricht der Mädchen ist auf deren spätere Verwendung im Haushalt für Handarbeiten und Kleidermachen eingerichtet. Das Zentralkinderheim ist die aus dem Jahre 1909 stammende Ersatzanstalt für das einstige Findelhaus und hat einen Normalbelag für 400 Kinder, besorgt aber auch noch die Ueberwachung von rund 5500 Kindern, die sich auf Kosten der Anstalt bei auswärtigen Pflegeparteien befinden. Die Zahl der Angestellten beträgt 219, das Jahreserfordernis 177 Millionen Kronen.

Wenn diese Angliederung vollzogen ist, so werden in der Verwaltung Wiens an Stellen mit einem Belagraum von rund 20.000 Betten bestehen, ein so gewaltiger und vielfältiger Mechanismus, wie ihn kaum eine andere Stadt Europas aufzuweisen hat.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag, den 17. Dezember 1921 - Abendausgabe

.....

Die Trennung von Wien und Niederösterreich. Die Verfassungskommission des Wiener Landtages hielt heute eine Sitzung ab, in der Präsident Dr. Danneberg über das Trennungsgesetz Bericht erstattete. In der Aussprache erklärte Stadtrat Dr. Kienböck für die Christlichsozialen, dass sie die Entwicklung, die nun abgeschlossen wird, weder für einen Vorteil für Wien noch für Niederöste sich halten, aber unter den gegebenen Umständen dem Gesetze im allgemeinen ihre Zustimmung geben. Stadtrat Kummelhardt beantragte die Streichung der Bestimmung, wonach bisher gemeinsame Landesangestellte, die von keinem der beiden Länder übernommen werden, nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik wegen Entbehrlichkeit in den Ruhestand versetzt werden sollen. Der Antrag wurde unter Hinweis darauf abgelehnt, dass das Land Wien ohnedies mehr Beamte übernehme, als dem zahlenmässig auf Wien entfallen und es dem Lande Niederösterreich ausserdem freisteht, die eventuell restlichen Beamten zu übernehmen, so dass von der bekämpften Bestimmung kein Gebrauch gemacht werden müsste. Eine lange Debatte ergab sich über die Bestimmung betreffend der Landeshypothekenanstalt. Hier wurde von allen Seiten die Unzweckmässigkeit einer Liquidierung dieser Anstalt hervorgehoben. Die Landesregierung wurde durch Beschluss ersucht, in dieser Frage neue Verhandlungen mit der Landesregierung von Niederösterreich zu pflegen, um die Anstalt zu erhalten. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes wurden einhellig beschlossen. Die Vorlage gelangt am Donnerstag in den Wiener Landtag.

.....

lohnend wäre. Es wäre werde an dieser Abgabe nur deswegen festgehalten, weil der Gemeinde nach dem Veterinärsgesetze die Verpflichtung obliege, alljährlich eine Kon⁸skription der Hunde durchzuführen. Die Hundeabgabe sei~~maxi~~ also nichts anderes als eine Kanzleिताxe, die die aus der Kon- skription entspringenden Kosten zu decken hat.

GR Doppler (Christl. Soz) sagt, daß der Referent heute in einer ganz anderen Rolle auftrete, als es der Gemeinderat sonst gewohnt ist. Er tritt heute als Steueremäßiger auf und das ist noch nicht dagewesen. Seine Partei habe im Jänner bei der Beratung des Gesetzes darauf hingewiesen, daß die Steuer ein Schlag ins Wasser sein werde. Es wurde seiner Partei aber der Vorwurf der Demagogie gemacht. Wenn die Mehrheit auch für eine bessere Einsicht sei, so möge ^{es} sie bei der heutigen Umkehr nicht bewenden lassen.

Im Schlußwort sagt der Referent, daß ~~maxi~~ ^{er die} Predigt des Kollegen Doppler beherzigen werde.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

St.R. Breitner referiert über die Gesetzesvorlage betreffend die Grundlage für die Berechnung der Landes- und Gemeindegzuschläge zur Grundsteuer, wobei es sich um eine Anpassung an den Beschluß des Nationalrates bezüglich der Grundsteuer handelt.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung beschlossen.

St.R. Kokrda berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung von Gebühren für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh, Fleisch und tierischen Rohprodukten. Die Gebühren werden entsprechend den Leistungen abgestuft.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Nach einem Referat des St.R. Richter werden die Geldstrafen im Verwaltungsstrafrecht erhöht.

Die Sitzung wird geschlossen.

Löbliche Redaktion!

Die Notiz „Aus dem Rathause“ ist dahin richtigzustellen, dass die Budgetsitzungen des Gemeinderates erst am Montag um 3 Uhr nachmittags beginnen. Die weiteren Sitzungen bleiben aufrecht.

BGM. Reumann erklärt die Geschäftsstücke 1, 13, 15-24, 27 als angenommen.

GR. Rudolf Müller (Soz-Dem) beantragt die Herstellung einer Zufahrtsstraße und des Vorplatzes anlässlich der Erbauung der Leichenverbrennungsanlage mit einem voraussichtlichen Gesamtkostenerfordernis von 5.1 Millionen Kronen. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Siegel (Soz-Dem) beantragt den Rapspeicher im XVII Bezirk Tawerngasse zum Teile abzutragen, das dabei gewonnene Holz und andere Material den Lagerhäusern der Stadt Wien zur Erbauung eines anderen Speichers zu überlassen und an Stelle des abgetragenen Speichers eine Garage für den städtischen Fuhrwerksbetrieb zu errichten.

GR. Doppler meint, dass ^{der} sehr günstig gelegene Grund durch die Errichtung einer Garage nicht zweckmäßig erogenützt sei, und ersucht den Berichterstatter um Aufklärung, ob es sich um ein Provisorium handelt oder ob die Garagen dauernd auf diesem Platze verbleiben sollen.

GR. Siegel erklärt in seinem Schlussworte, dass sich dortselbst bereits eine Garage befindet und dass mit Rücksicht auf die städt. Autos, die zum Schotterfahren vom Exelberg verwendet werden, bedeutende Ersparnisse gemacht werden, weil die anderen städtischen Garagen sich zu weit vom Exelberge entfernt befinden und infolgedessen bedeutende Leerfahrten erfordern. Ob es sich um ein Definitivum oder Provisorium handle, könne momentan nicht gesagt werden, falls sich die Notwendigkeit einer anderen Verwertung des Objektes ergeben sollte werde dies natürlich durchgeführt werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schleifer (Soz-Dem) beantragt nach kurzer Begründung im heurigen Winter 20.000 Kohlenzettel an Arme abzugeben und sich darüber mit der Genossenschaft der nicht protokollierten Händler mit Brennmaterialien ins Einvernehmen zu setzen. Zur Bezahlung dieser Kohlenzettel wird ein Nachtrag-Credit von 1.900.000 K bewilligt.

GR. in Wielsch (Christl-Soz) bemerkt, dass im Vorjahre viele Pfründner auf die Kohlenzettel bei den Händlern nichts bekommen haben und fragt den Referenten, ob Vorkehrungen getroffen seien, damit heuer die Zettel wirklich honoriert werden.

Der Referent erwidert, es seien mit den Händlern entsprechende Vereinbarungen getroffen, per Kohlenzettel werden 10 Kg Kohle verabfolgt werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Blum (Soz-Dem) beantragt, für die Polizeiorgane, welche bei der Handhabung der Lustbarkeits- und Hausgehilfenabgabe i. J. 1921 mitwirkten, in Anerkennung der im Interesse der Gemeinde Wien geleisteten Tätigkeit Remunerationen in der Höhe von insgesamt 200.000 K zu bewilligen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Prof. Tandler (Soz-Dem) referiert über die Neuregelung des schulärztlichen Dienstes und beantragt außer den schon ernannten Schulärzten für Wien 60 Schulärzte im Nebenamte anzustellen; sie werden den Kriegen der städtischen Ärzte und der Privatärzte entnommen. Als Monatsonorar wird ein Betrag von derzeit 2400 K für den einzelnen Arzt festgesetzt. Das Erfordernis beträgt 1.728.000 K.

GR. Dr. Hass (chr. Soz.) begrüßt die Vorlage und meint, dass die Bezahlung der Schulärzte mit 2.400 K monatlich zu gering sei. Auf Grund der zu bestimmenden Dienstverteilung solle man mit den Organisati-

onen der Ärzte in Vereinbarungen treffen. Er spricht sich für die Ernennung auch von weiblichen Schulärzten aus.

GR. Dr. Grün (Soz-Dem.) begrüßt gleichfalls die Vorlage und sagt, dass den Schulärzten eine ganze Reihe von neuen Aufgaben zugeteilt wird. Nach seiner Meinung solle man auch die Spezialärzte nicht zur Behandlung der Schulkinder heranziehen. Besonderes Augenmerk möge der Bestellung von Spezialärzten für sprachranke Kinder zugewendet werden. Er spricht sich dafür aus, dass eine Vorlage geschaffen werde, die eine bessere Bezahlung der Schulärzte beinhaltet.

Nach einem Schlusswort des Referenten wird die Vorlage zum Beschluss erhoben.

GR. Johann Witzmann (Soz-Dem.) berichtet über die Ueberlassung von Baugrund für die Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf-Hetzendorf.

Die Anträge werden genehmigt.

GR. Rudolf Müller (Soz-Dem) XVII Bezirk) berichtet über den Verkauf des seinerzeit für den Bau des projektierten städtischen Museums auf der Schmelz gelieferten Steinmaterials an die Firma L. Schäftner, um den Betrag von 300.000 K.

GR. Huber (Christl-Soz) findet den Betrag zu gering und beantragt die Rückverweisung des Antrages, neuerliche Erhebungen durch ein einzusetzendes Komitee und neuerliche Verhandlung eventuell öffentliche Offerte Verhandlung.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus worauf der Referentenantrag zum Beschluss erhoben wird.

StR. Speiser berichtet über die Gewährung und Erhöhung von Teuerungszuschlägen, Zuschlagserhöhungen ^{an} einzelne Kategorien städt. Angestellter. Die Anträge werden genehmigt.

Nach einem Bericht des VB. Emmerling wird der Verkauf des Erholungsheimes der städtischen Strassenbahnen in Deutsch-Altenburg genehmigt.

Nach Vornahme von Wahlen wird die Sitzung geschlossen.